



Sozialdemokratische Partei Deutschlands  
Landesorganisation Bremen

## Landesparteitag, 25. März 2006

### Beschlüsse

Hotel Strandlust  
Bremen-Vegesack

Parteibüro  
Findorffstraße 108  
28215 Bremen

Tel.: 04 21/3 50 18-0  
Fax: 04 21/3 50 18-37

info-bremen@spd.de  
[www.spd-land-bremen.de](http://www.spd-land-bremen.de)

Bankverbindung  
SEB Bank Bremen  
BLZ: 290 101 11  
Konto: 1006 6183 00



## Landesparteitag, 25. März 2006

### Beschlüsse:

- R 1 Resolution: Solidarität mit den Streikenden – TVöD übernehmen
- A 1 Satzungsänderung
- A 3 Einsetzung einer Satzungskommission  
Antrag A 2 als Material in die Satzungskommission überwiesen
- A 4 Haushaltsberatungen und Schwerpunkte der Landespolitik
- A 5 Kinderbetreuung ausbauen
- A 8 Selbständiges Wohnen im Alter unterstützen
- A 9 Keine Regionalisierung des Heimrechts
- A 10 Keine Rente mit 67
- A 11 Kein Nachholfaktor in der Rentenversicherung
- A 12 Keine zusätzlichen Beiträge für Rentner
- A 13 Armuts- und Reichtumsbericht
- A 16 Unmittelbare Demokratie
- A 17 Wirtschaftskriminalität bekämpfen
- A 18 Keine jugendfreien Softguns
- A 20 Bürgernähe ausbauen, Beiratsrechte stärken  
Anträge A 14, A 15, I 1 und I 2 als Material in die Arbeitsgruppe der Unterbezirksvorstände überwiesen
- I 3 Berufsgenossenschaften

### Überweisungen:

- A 6 Klinikum Bremen-Nord  
Überwiesen an Landesvorstand und Bürgerschaftsfraktion, Erledigung bis Juni 2006
- A 7 Herzkathederlabor in Bremen-Nord  
Überwiesen an Landesvorstand und Bürgerschaftsfraktion

**Solidarität mit den Streikenden – TVöD für die Länder übernehmen**

Die Bremer SPD erklärt ihre Solidarität mit den Streikenden des öffentlichen Dienstes und bekräftigt ihren Beschluss vom 16. März 2005, dass der Tarifvertrag für Bund und Kommunen für alle bremischen Beschäftigten übernommen werden soll. Die Bremer SPD fordert den Senat auf, in der TdL auf eine Übernahme des TVöD hinzuwirken. Die Verweigerungshaltung der öffentlichen Arbeitgeber muss ein Ende haben, es muss endlich wieder einen Tarifvertrag für den gesamten öffentlichen Dienst geben.

## Änderung des Statuts der SPD-Landesorganisation Bremen

Der Bundesparteitag der SPD hat am 16. November 2005 ein neues Organisationsstatut beschlossen. Durch den Wegfall des alten § 9a über die Betriebsgruppendelegiertenkonferenzen auf Unterbezirks- und Landesebene sind auch die Betriebsgruppendelegierten auf UB- und Landesparteitagen weggefallen. Im neuen § 10 (3) des Organisationsstatus wird den Gliederungen die Möglichkeit gegeben, in ihren Satzungen Regelungen zu implementieren, die für Arbeitsgemeinschaften, Projektgruppen und Foren stimmberechtigte Delegierte zu den Parteitagen der jeweiligen Ebene vorsehen.

Um den Arbeitsgemeinschaften und Foren die Möglichkeit zu geben, stimmberechtigte Delegierte zu den Landesparteitagen zu entsenden, wird die Landessatzung im Vorgriff möglicher weiterer Änderungen nach den Beratungen der Satzungskommission an diesem Punkt neu zu fassen sein, mit dem Ziel, alle Arbeitsgemeinschaften und Foren in angemessener Weise zu beteiligen.

§ 5 Absatz 1 des Statuts der Landesorganisation Bremen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wird vorläufig wie folgt geändert:

### § 5 Der Landesparteitag

(1) Der Landesparteitag setzt sich zusammen aus:

a) – unverändert –

b) – unverändert –

c) den 24 Delegierten der Arbeitsgemeinschaften, diese verteilen sich auf: AfA (6), ASF (6), AG 60plus (6), Jusos (6). Diese Regelung tritt mit dem 30. September 2006 außer Kraft.

### Einsetzung einer Satzungskommission

Der Landesparteitag fordert den neuen Landesvorstand auf, unverzüglich eine Satzungskommission einzusetzen, die bis zum 30. September 2006 einen an die neue Bundessatzung sowie an die neue Wahlordnung der Partei angepassten Satzungsentwurf vorlegt, der dann vom Landesvorstand in den nächsten Landesparteitag eingebracht wird.

An der Satzungskommission werden die bestehenden Arbeitsgemeinschaften und Foren mit je einem Mitglied beteiligt.

## Haushaltsberatungen 2006/2007 und Schwerpunkte der Landespolitik: Die Bremische Sanierungspolitik neu ausrichten – Arbeitslosigkeit bekämpfen, für gerechtere Bildungschancen und mehr soziale Integration!

### 1. Zwischenbilanz der Sanierungspolitik

1.1. Mit der Sanierungspolitik konnten für Bremen wichtige Fortschritte erreicht werden:

- Der wirtschaftliche Strukturwandel, der Ausbau als Wissenschaftsstandort und die Erneuerung der Städte Bremen und Bremerhaven konnten entscheidend vorangebracht werden.
- Trotz großer finanzieller und sozialer Probleme in der Folge des wirtschaftlichen Strukturwandels und der deutschen Wiedervereinigung konnte Bremen seine Stellung als Bundesland und Großstadt im deutschen Städtesystem behaupten.
- Bremen und Bremerhaven haben als Großstädte für die Bürgerinnen und Bürger und für die auswärtigen Gäste wieder an Attraktivität gewonnen.

1.2. Bremen steht als Zwei-Städte-Staat aber weiterhin vor großen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Herausforderungen:

- Für die Bremer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist die Zahl der Arbeitslosen und der Bezieher öffentlicher Sozialleistungen zu hoch, sind die Bildungschancen zu ungleich verteilt. In der Bewahrung des sozialen Zusammenhalts der Stadtgesellschaft sehen wir daher eine der größten Aufgaben Bremischer Politik!
- Die Sanierung der öffentlichen Finanzen konnte trotz großer Eigenanstrengungen insbesondere wegen hoher Einnahmeausfälle durch die Steuerpolitik des Bundes nicht umgesetzt werden.

Im Jahre 2007 wird die Bremische Bürgerschaft neu gewählt werden. Dann wird die Bremer SPD mit dem neuen Präsidenten des Senats, Jens Böhrnsen, wieder bei allen Bürgerinnen und Bürgern um das politische Vertrauen dafür werben, die politische Führungskraft im Zwei-Städte-Staat zu bleiben.

### 2. Neujustierung der Sanierungspolitik –

#### Für Bremens Selbständigkeit zum Wohle seiner Menschen!

2.1. Die Bremer SPD wird politisch weiter dafür arbeiten, dass Bremen

- seine Selbständigkeit als Bundesland zum Wohle der Menschen verteidigt,
- sich im Kontext der Bundesländer und der Großstädte als urbaner, weltoffener Zweitstädte-Staat in Europa behauptet und
- die Landes- und Stadtpolitik sich im Zusammenwirken mit den Bürgerinnen und Bürgern neuen Entwicklungen und politischen Herausforderungen stellt.

2.2. Die Bremer SPD unterstützt ausdrücklich die Erklärung des neuen Präsidenten des Bremer Senats, Jens Böhrnsen, und der SPD-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft zur Neujustierung der Sanierungspolitik. Auf dieser Grundlage wird Bremen

- den Primärsaldoausgleich seiner öffentlichen Haushalte und die Verringerung der Neuverschuldung anstreben,
- seine Investitionen pro Einwohner auf das Niveau Hamburgs absenken,
- den erfolgreichen Wandel der regionalen Wirtschaftsstruktur fortsetzen und
- dabei die besonderen Probleme Bremerhavens berücksichtigen, insbesondere durch einen gerechten Finanzausgleich zwischen den beiden Städten im Zwei-Städte-Staat nach dem Gleichstellungsgrundsatz in Artikel 65 Satz 3 der Bremischen Landesverfassung, in dem es heißt: „Die Freie Hansestadt Bremen bekennt sich zum Zusammenhalt der Gemeinden des Landes und wirkt auf gleichwertige Lebensverhältnisse hin“.

2.3. Die Strategie der Bremer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zur langfristigen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte beruht darauf, dass

- Bremen auch in den nächsten Jahren einen eigenen Beitrag zur finanziellen Konsolidierung leistet und die politischen und institutionellen Strukturen des Zwei-Städte-Staates weiter reformiert,
- durch eine erneute Klage vor dem Bundesverfassungsgericht und durch Verhandlungen mit dem Bund im Zusammenwirken mit den Ländern eine weitere Finanzhilfe zur Überwindung der extremen Haushaltsnotlage durchgesetzt werden kann,
- bei der Föderalismusreform finanzielle und aufgabenmäßige Verbesserungen für den Zwei-Städte-Staat erreicht werden und
- dass die staatlichen Rahmenbedingungen für eine bessere finanzielle, wirtschaftliche und soziale Entwicklung der deutschen Großstädte geschaffen werden.

2.4. Der öffentliche Sektor erbringt mit seinen Leistungen einen wichtigen Beitrag für den Erhalt der Selbständigkeit Bremens. Bei der weiteren Umsteuerung des öff. Sektors werden wir

- politische Prioritäten setzen und den unumgänglichen allgemeinen Sparkurs sozialverträglich gestalten und fortsetzen,
- die öffentlichen Unternehmen wirksamer kontrollieren und ihre Zahl weiter reduzieren,
- die Mitbestimmungsrechte der Personalräte erhalten und dafür eintreten, dass der neue Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst von Bremen in Kooperation mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder übernommen werden kann,
- der wirksameren dezentralen Entwicklung und Vernetzung von Politik, Verwaltung und Bürgerinnen und Bürgern in den Stadtteilen Vorrang verschaffen.

### **3. Unsere zentralen politischen Ziele:**

**Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, gerechtere Bildungschancen und mehr soziale Integration!**

Die Bremer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen mit ihrer politischen Überzeugung dafür ein, dass mit den Möglichkeiten der Landes- und Stadtpolitik klare politische Schwerpunkte gesetzt werden. Die zu ihrer Umsetzung erforderlichen Programme und Maßnahmen werden von der SPD in Bremen und Bremerhaven mit Bürgerinnen und Bürgern erörtert:

#### **3.1. Bekämpfung der Arbeitslosigkeit**

Die von der Bundesregierung betriebene Reform der Arbeitsmarktpolitik hat bisher nicht zu einem größerem Abbau der Arbeitslosigkeit geführt. Für die Arbeitslosen, für die eine Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt nicht möglich ist, muss das Angebot an öffentlichen Beschäftigungsmöglichkeiten erheblich erweitert werden. Dass dieses möglich ist, hat Bremen in früheren Jahren mit seiner von der EU mitfinanzierten aktiven Arbeitsmarktpolitik bewiesen. Wir streben nun an, dass im Zusammenwirken mit der Bundesagentur für Arbeit unter maximaler Ausschöpfung der vorhandenen Mittel für zeitlich befristete Maßnahmen mehr Arbeitsgelegenheiten angeboten werden. Ihre Laufzeit soll möglichst 1 Jahr nicht unterschreiten, der Anteil mit sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung ist zu steigern. Die Förderung der Fort- und Weiterbildung ist wieder auszubauen.

In der regionalen Wirtschaftsstrukturpolitik setzen wir auf Maßnahmen mit möglichst hohen Arbeitsplatzwirkungen und eine offensive Innovations- und Wissenschaftspolitik. Eine Vorratserschließung von Gewerbeflächen und den großdimensionierten Ausbau von Verkehrswegen in Entwicklungsgebieten wird es nicht mehr geben. Hierdurch entstehen weder neue Arbeit noch nachhaltige Einnahmen. Die SPD wird die bremische Investitionspolitik auf ein finanzierbares Maß und entsprechend der Ausgaben vergleichbarer Länder ausrichten.

Wir wollen Bremen und Bremerhaven als Wissenschaftsstandorte in Forschung und Lehre weiter ausbauen. Wir treten für die wissenschaftliche Schwerpunktsetzung der Modellregionen „Luft- und Raumfahrt“ und „Maritime Logistik“ ein. Die Bewerbung der Universität Bremen als Exzellenzuniversität wird von der SPD unterstützt.

Ziel all unserer Anstrengungen ist die Schaffung neuer, innovativer Arbeitsplätze.

#### **3.2. Förderung gerechterer Bildungschancen**

Untersuchungen belegen, dass die Bildungschancen auch in Bremen erschreckend ungleich verteilt sind. Die soziale Herkunft, der Stadtteil und ein Migrationshintergrund beeinflussen die Entfaltung und Förderung der Begabungen und die Bildungschancen der Kinder in hohem Maße. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten fordern, unverzüglich ein mehrjähriges Programm der Ressorts Bildung und Soziales zur Förderung einer gerechteren Verteilung der Bildungschancen für die betreffenden Stadtteile in Bremen und Bremerhaven zu entwickeln,



um die Qualität der öffentlichen Schulen in sozial benachteiligten Stadtteilen weiter verbessern.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten treten weiterhin für das langfristige Ziel einer gemeinsamen Schule für alle bis zum mittleren Abschluss ein und werden besonders zur Stärkung einheitlicher Schulformen beitragen.

Der vom Bremer Senat bereits beschlossene Ausbau der Betreuungsangebote für 0-3-Jährige Kinder und die Einrichtung weiterer Ganztagschulen wird begrüßt.

Das Angebot an Plätzen in den Kindertagesstätten ist qualitativ so auszugestalten, dass es ungleiche Bildungschancen auszugleichen hilft, Arbeitslosen die Wiedereingliederung in das Arbeitsleben erleichtert und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie befördert.

Ganztagschulen müssen qualitativ und quantitativ abgesichert werden und sollen nach Möglichkeit noch weiter ausgebaut werden.

Um eine gerechtere Verteilung der Bildungschancen zu erreichen, muss das Erststudium von Bremerinnen und Bremern an den Hochschulen gebührenfrei bleiben.

Um das lebenslange Lernen Erwachsener zu unterstützen, braucht Bremen ein leistungsfähiges Weiterbildungssystem, das abgesichert werden muss.

### 3.3. Für mehr soziale Integration

Bremen soll eine offene und urbane europäische Großstadt mit guter Lebensqualität und spannenden städtebaulichen Entwicklungen bleiben. In den letzten Jahren ist es gelungen, die Innenstadt aufzuwerten, neue Gewerbegebiete sowie Gebiete für den Wohnungs- und Einfamilienhausneubau auszuweisen.

Die Bremer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten treten dafür ein, dass die soziale Integration eine der zentralen Aufgaben der Bremer und Bremerhavener Stadt- und Stadtteilentwicklung in den nächsten Jahren wird. In den Stadtteilen, die von sozialen Problemen besonders betroffen sind, sollen durch gezielte Aktivitäten die Lebensbedingungen und Lebenschancen der Bürgerinnen und Bürger verbessert werden. Politik, Verwaltung, Initiativen und das Engagement und die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in den Stadtteilen weiter verbessert und unterstützt werden. Programme wie z. B. das Wohnen in Nachbarschaften und zur Stadtteilerneuerung sind unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger weiterzuführen, die Bürgerhäuser und Dienstleistungszentren weiter zu unterstützen.

Sport bewegt die Menschen und fördert die soziale Integration. Er ist als Prävention gegen zunehmenden Bewegungsmangel bei Kindern und Jugendlichen verstärkt zu nutzen und zu unterstützen. Die Grundlage und der Ort für Bewegung und Sport sind die Sportvereine, die wiederum auf das Engagement vieler ehren-

amtlich Tätiger angewiesen sind. Wir wollen den Breiten-, Leistungs- und Behindertensport weiter fördern.

Unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung sollen öffentliche Bauten und Wohnhäuser so gestaltet werden bzw. umgestaltet werden, dass sie barrierefrei zu begehen und dass auch obere Etagen für ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger ohne große Mühe erreichbar sind. Kommunale Pflegeeinrichtungen, Seniorenheime und dergleichen müssen trotz verminderter Investitionszuschüsse für Bürgerinnen und Bürger mit niedrigen Alterseinkünften bezahlbar bleiben, sodass diese nicht gezwungen werden, ins preisgünstigere Umland abzuwandern.

## Kinderbetreuung quantitativ und qualitativ ausbauen

Das Angebot qualitativ hochwertiger und quantitativ ausreichender Kinderbetreuungsmöglichkeiten ist ein unverzichtbarer Eckpfeiler für eine sozialdemokratische Familienpolitik. Kinderbetreuung beinhaltet für uns zugleich frühkindliche Bildungsangebote, um eine bestmögliche Entwicklung unserer Kinder zu unterstützen. Kinderbetreuung hat aber auch eine sozialpolitische Funktion und soll gerade auch sozial benachteiligten Kindern bessere Entwicklungsperspektiven ermöglichen.

Ein ausreichendes Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen ist die Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Es ist nicht hinnehmbar, dass Kinderwunsch und Berufstätigkeit und -karriere für viele Frauen und Männer sich einander ausschließende Alternativen sind. Ebenso wenig entspricht es unseren Zielsetzungen, wenn jungen Müttern wegen fehlender Betreuungseinrichtungen der Zugang zum Arbeitsmarkt und Qualifizierungsmöglichkeiten erschwert wird. Der demographische Wandel erfordert, dass allen Personen, die arbeiten können und wollen, dies ermöglicht wird. Politik ist gehalten, eine kinderfreundliche Gesellschaft zu fördern.

Trotz vieler Erfolge und des insgesamt guten Systems der Kinderbetreuung sind wir auch in Bremen gefordert, unser Betreuungssystem beständig weiterzuentwickeln und zu verbessern. Von besonderer Bedeutung sind für uns:

- Der Ausbau der Betreuung für Kinder unter 3 Jahren ist systematisch voranzutreiben. Der Senat hat mit seinem Beschluss, jährlich 217 neue Plätze zu schaffen und bis zum Jahr 2010 eine Versorgungsquote von 20 % zu erreichen, einen wichtigen Schritt getan. Bei dem Ausbau sollen insbesondere die Stadtteile Berücksichtigung finden, die zur Zeit unterdurchschnittlich versorgt sind. Ebenso ist die betriebsnahe Versorgung zu verbessern.
- Wir streben an, die personelle Ausstattung der KTHs einrichtungsbezogen weiter zu verbessern. Im statistischen Durchschnitt streben wir eine Betreuungsrelation von zwei Fachkräften für 20 Kindern an. Dies ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, dem Bildungsauftrag auch in der Kinderbetreuung gerecht zu werden. Der Senat wird aufgefordert, bis Ende 2006 ein Stufenkonzept vorzulegen, wie dieses Ziel bis zum Jahr 2010 erreicht werden kann. Dabei ist zugleich anzustreben, für mehr Kinder Ganztagsplätze zu ermöglichen, soweit die Eltern dies wünschen.
- Die Integration von behinderten oder von Behinderung bedrohten Kindern bleibt für die SPD ein zentrales Anliegen. Die Schwerpunkteinrichtungen sind so auszugestalten, dass das Integrationsziel weiterhin gesichert bleibt. Die darüber hinaus bestehenden Fördermöglichkeiten (Sprachförderung, Umsetzung Rahmenplanung, bessere Personalausstattung) müs-

sen für die Einrichtungen in sozial benachteiligten Stadtteilen stärker zur Verfügung gestellt werden. Die Bildung von Schwerpunkteinrichtungen darf nicht dazu führen, dass Kinder mit geringen Entwicklungsverzögerungen und Verhaltensauffälligkeiten, die in jeder Kita eine entsprechende Förderung erhalten können und sollen, zum Wechsel von einer Kita in eine Schwerpunkteinrichtung angehalten werden.

- Die bremische Regelung, in den Schulferien nur Kinder berufstätiger Eltern zu betreuen, wird den sozialdemokratischen Zielsetzungen nicht gerecht. Wir fordern daher den Senat auf, bis Ende 2006 ein Konzept vorzulegen, wie die durchgängige Betreuung aller Kinder auch in den Schulferien gewährleistet werden kann.
- Dafür sind den beiden betroffenen Ressorts die hierfür erforderlichen zusätzlichen Mittel im Rahmen der Haushaltsberatungen bereits für 2007 zur Verfügung zu stellen.
- Die Qualifizierung der Erzieherinnen und Erzieher ist entscheidend für die Verwirklichung des Bildungsauftrages der Kinderbetreuungseinrichtungen. Deswegen treten wir für eine verbesserte Erstausbildung und kontinuierliche Weiterbildungsangebote an. Das im Rahmen von ProKita aufgelegte Weiterbildungsprogramm ist ein gutes Angebot und ist auch über das bisher geplante Programmende 2007 hinaus fortzuführen.

Angesichts der extremen Haushaltsnotlage Bremens stellt die Finanzierung der obigen Maßnahmen eine große Herausforderung dar. Wir sehen aber im Ausbau der Kinderbetreuung eine zentrale Prioritätensetzung unserer Politik. Wir fordern deshalb den Senat auf, diese politischen Zielsetzungen in den haushaltspolitischen Prioritäten Schritt für Schritt umzusetzen. Die Gebührenfreiheit für die Kindergärten bleibt darüber hinaus ein langfristiges Ziel.

## Selbständiges Wohnen im Alter unterstützen – die Pflegeversicherung weiterentwickeln

Ziel einer zeitgemäßen Seniorenpolitik ist es, selbständiges Wohnen zu fördern und Pflegebedürftigkeit zu vermeiden oder zu verringern. Um dieses Ziel zu erreichen, soll im Rahmen einer kommenden Reform der Pflegeversicherung geprüft werden, ob die Regelungen der Pflegeversicherungen im SGB XI bezüglich der Umbaukosten und Pflegehilfsmittel im Interesse der älteren Menschen zu verbessern sind. Insbesondere soll der Höchstbetrag für einzelne Umbaumaßnahmen nach SGB XI § 40 (4) von 2.557 Euro auf 5.000 Euro angehoben werden.

### Keine Regionalisierung des Heimrechts

Der Landesparteitag fordert die Bundesregierung und die Föderalismuskommission auf, die geplante Regionalisierung des bisher bundeseinheitlichen Heimrechtes zu unterlassen.

### **Keine Rente mit 67**

Die SPD lehnt einseitige Vorschläge zur Rente erst ab 67 Jahren ab. Stattdessen sollen Regelungen geschaffen werden, die eine volle Rente, ohne Abzüge, nach 40 Versicherungsjahren ermöglichen. Finanziert wird das u. a. über die Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität und illegaler Beschäftigung.

### Kein Nachholfaktor in der Rentenversicherung

Der Landesparteitag fordert den Parteivorstand auf, auf die Bundesregierung einzuwirken, bei einer rentengesetzlichen Novellierung 2007 die Einführung eines „Nachholfaktors“ zu unterlassen. Es muss sichergestellt werden, dass die Entwicklung der Einkommen der Rentnerinnen und Rentner und Pensionärinnen und Pensionäre in der Bundesrepublik Deutschland auch künftig am Wachstum der Erwerbseinkommen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gemessen wird. Weitere Nullrunden bei der Entwicklung der Alterseinkommen, die mit einer „nicht stattgefundenen notwendigen Absenkung in den vergangenen Jahren“ begründet werden, darf es nicht geben.



**Keine zusätzlichen Beitragslasten für Rentner und Pensionäre**

Der Landesparteitag fordert den Parteivorstand auf, auf die Bundesregierung einzuwirken, dass diese sicherstellt, dass zukünftig die Rentnerinnen und Rentner und Pensionärinnen und Pensionäre in der Bundesrepublik Deutschland nicht durch zusätzliche Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung und durch noch höhere Beiträge zur Pflegeversicherung belastet werden. Auch weitere Anhebungen der Besteuerung von Alterseinkommen, die mit höheren Krankheitskosten älterer Menschen begründet werden, sind zurückzunehmen.

### **Armuts- und Reichtumsbericht für Bremen**

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion wird aufgefordert dafür Sorge zu tragen, dass auch für das Land Bremen ein Armuts- und Reichtumsbericht erstellt wird, der besonders auf Kinderarmut und Schulchancen eingeht.

## Unmittelbare Demokratie und Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung

Der Landesvorstand richtet eine Arbeitsgruppe mit dem Auftrag ein, zu erarbeiten, ob es praktikable Lösungen für die Stärkung unmittelbarer Demokratie und der Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung an öffentlichen Angelegenheiten des Landes und seiner beiden Städte gibt. Von der Arbeitsgruppe werden insbesondere Vorschläge zum Umgang mit folgenden Themen erwartet:

- Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung bei Verwaltungsentscheidungen auf zentraler (Senatsbehörden) wie auf regionaler Ebene (Stadtteilbeiräte),
- Erweiterung der Aufgaben und Rechte von Stadtteilbeiräten,
- Erleichterung von Bürgerbegehren und Volksentscheiden,
- Änderungen des bremischen Wahlrechts,
- Initiativen zur Stärkung der parlamentarischen Demokratie und der Rechte des Parlaments gegenüber Senat und Verwaltung,
- Wahlalter 16.

### **Wirtschaftskriminalität bekämpfen**

Der Landesparteitag fordert den Senat auf, die Personalausstattung und die EDV-Ausstattung bei der Abteilung für Wirtschaftsstrafsachen der Staatsanwaltschaft Bremen und für die dafür zuständigen Kammern und Abteilungen der Gerichte mit dem Ziel einer Intensivierung und Beschleunigung der Strafverfolgung zu sichern und zu verbessern.

Die Kosten können aus den volkswirtschaftlichen Erträgen mehr als finanziert werden.

### Keine jugendfreien „Softguns“

Für den Erwerb von Softair-Waffen (Federdruckwaffen, AEG's, Pistolen und Langwaffen), die eine Bewegungsenergie von max. 0,5 Joule erreichen, ist eine Altersgrenze von 18 Jahren festzulegen. Bei unsachgemäßer Bedienung sind alle Waffen dieser Sorte sehr gefährlich.

Unter Expertinnen und Experten gelten diese Waffen als jugendgefährdende Gegenstände, die Jugendliche in ihrer Entwicklung gefährden können; zusätzlich fördern diese Gegenstände allgemein Aggressionen, Gewalt und Gewaltdarstellungen. Daher ist auch zu prüfen, ob diese Waffen nicht auch unter die kleine Waffenscheinpflicht fallen sollten.

## Bürgernähe ausbauen, Rechte der Beiräte stärken

Die Beiräte in Bremen und Bremen-Nord leisten einen wichtigen Beitrag zur demokratischen Kultur der Stadt. Sie sind als direkt gewählte Vertretungen „vor Ort“ legitimiert und Motor des Konzepts einer aktiven Bürgerstadt. Die Motivation von Bürgerinnen und Bürgern, als Mandatsträger einen Beitrag zur stadtteilpolitischen Arbeit zu leisten, muss gefördert und unterstützt werden. Die Entscheidungs- und Beteiligungsrechte der Beiräte müssen gestärkt und gesichert werden. Auch die Einbeziehung von Jugendlichen ab 14 Jahre in die Stadtteilarbeit muss ein weiterer politischer Schritt sein. Schließlich geht es darum, inhaltliche und organisationspolitische Konsequenzen aus der Einführung des „Wahlalters 16“ für die Beiräte zu ziehen, um eine hohe Wahlbeteiligung zu sichern.

Der Landesparteitag bittet die betroffenen Unterbezirksvorstände Bremen-Nord und Bremen-Stadt, eine Arbeitsgruppe zur Entwicklung von konkreten Vorschlägen mit dem Ziel der Stärkung der Rechte der Beiräte einzusetzen. Der Landesvorstand wird mit dem Controlling des Verfahrens beauftragt und aufgefordert, vor dem Ende der Legislaturperiode dem Landesparteitag das Ergebnis vorzulegen.

Der Landesparteitag erwartet, dass die notwendigen gesetzlichen Voraussetzungen zur Weiterentwicklung der Beiratsrechte:

- Entscheidungs- und Beteiligungsrechte,
- Klagerecht für Beiräte,
- Direktwahl der Ortsamtsleiterinnen und Ortsamtsleiter durch die Beiräte

innerhalb dieser Legislaturperiode geschaffen werden!

Die Arbeitsgruppe soll – unter Einbeziehung der Beiräte und Vertretern von Jugendverbänden – entlang dieser Zielbeschreibung Vorschläge entwickeln.

### Leistungsfähigkeit der Berufsgenossenschaften sichern – Gefahren für die gesetzliche Unfallversicherung abwenden

Die SPD erteilt allen Plänen zur Abschaffung der Berufsgenossenschaften eine Absage und fordert deshalb die Bundesregierung auf, sich bei der weiteren Beratung des EU-Dienstleistungsrichtlinienvorhabens im Rat für eine klare und eindeutige Herausnahme der gesetzlichen Unfallversicherung und des gesamten damit zusammenhängenden Komplexes aus dem Geltungsbereich der Richtlinie einzusetzen und sich auch künftig allen Versuchen zu widersetzen, die Pflicht zur Versicherung bei den Berufsgenossenschaften durch eine Versicherungspflicht bei privaten Versicherern zu ersetzen.